

Presseinformation

Deutscher Hightech-Markt stemmt sich gegen den Abschwung

- 2009 mit 145 Milliarden Euro voraussichtlich auf Vorjahresniveau
- Wirtschaftskrise betrifft einzelne Marktsegmente unterschiedlich
- BITKOM: Öffentliche Investitionen in Hightech verstärken

Berlin, 11. Dezember 2008

Der Hightech-Verband BITKOM hat seine Umsatzerwartung für das Jahr 2009 angesichts der wirtschaftlichen Eintrübung nach unten korrigiert. Danach wird der Markt für Informationstechnik, Telekommunikation und digitale Unterhaltungselektronik (ITK) in Deutschland mit einem Volumen von 144,6 Milliarden Euro auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Im Jahr 2008 wächst der ITK-Gesamtmarkt noch um 1,2 Prozent. „Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Hightech-Industrie drücken in einigen Marktsegmenten die Umsatzerwartungen nach unten“, sagte BITKOM-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer. Während die IT-Nachfrage weiter wächst, müssen die Märkte für Telekommunikation und Unterhaltungselektronik Einbußen hinnehmen. Laut einer aktuellen BITKOM-Umfrage wollen im kommenden Jahr 39 Prozent der ITK-Firmen trotz der Krise zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, ein Drittel will die Zahl der Beschäftigten stabil halten und 28 Prozent planen einen Stellenabbau. BITKOM-Präsident Scheer forderte die Bundesregierung mit Blick auf die wirtschaftliche Krise auf, überfällige Investitionen in die öffentliche Hightech-Infrastruktur zu tätigen und forschende Unternehmen steuerlich zu entlasten.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

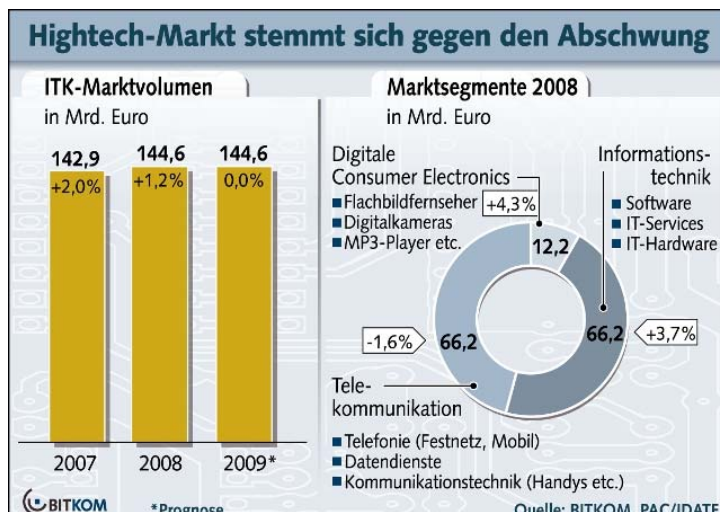
Albrechtstraße 10
10117 Berlin
Tel. +49.30.27576-0
Fax +49.30.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Maurice Shahd
Pressesprecher Wirtschaftspoli-
tik & Konjunktur
Tel. +49.30.27576-114
Fax +49.30.27576-51-114
m.shahd@bitkom.org

Dr. Axel Pols
Chefvolkswirt
Tel. +49.30.27576-120
Fax +49.30.27576-51-120
a.pols@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder



Presseinformation

Deutscher Hightech-Markt stemmt sich gegen den Abschwung

Seite 2

Nach der aktuellen BITKOM-Prognose wird der Markt für Informationstechnik im Jahr 2009 um 1,5 Prozent auf rund 67 Milliarden Euro zulegen. „Die IT-Ausgaben dürften trotz der konjunkturellen Turbulenzen weiter leicht wachsen“, sagte Scheer. „Die Informationstechnik ist für Unternehmen in einer Krisensituation von strategischer Bedeutung, weil sie die Betriebe effizienter und leistungsfähiger macht.“ Mit einer wachsenden IT-Nachfrage sei auch von der öffentlichen Hand zu rechnen, deren Investitionen kaum von konjunkturellen Schwankungen abhängig sind. Ein Fünftel der IT-Ausgaben entfallen auf öffentliche Kunden. Getragen wird das Wachstum im IT-Sektor von den Anbietern von Software und IT-Services, die im Jahr 2009 voraussichtlich um 3,1 Prozent auf 48,5 Milliarden Euro zulegen können. Der Umsatz mit IT-Hardware geht dagegen um 2,4 Prozent auf knapp 19 Milliarden Euro auf zurück.

Der Umsatz mit Telekommunikationsdiensten und Kommunikationstechnik wird laut BITKOM im kommenden Jahr um 1,2 Prozent auf 65,4 Milliarden Euro sinken. „Der Telekommunikationsmarkt steht unabhängig von den wirtschaftlichen Turbulenzen unter starkem Preisdruck“, sagte Scheer. „Aber auch im kommenden Jahr wird mehr telefoniert und länger im Internet gesurft.“ Dabei führen die Markteingriffe der EU zu Umsatzeinbußen in Milliardenhöhe. „Künstliche Preissenkungen sind nur vermeintlich gut für die Kunden. Mittelfristig behindern sie den Ausbau der Netze“, sagte Scheer.

Eine Trendwende deutet sich auf dem Markt für digitale Unterhaltungselektronik an. Nach einem erneuten, kräftigen Umsatzplus von 4,4 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro im Jahr 2008 dreht der Markt im kommenden Jahr mit 2,5 Prozent ins Minus. „Die Sonderkonjunktur durch die Fußball-EM und die Olympischen Spiele geht zu Ende“, sagte Scheer. Davon habe im auslaufenden Jahr insbesondere der Verkauf von Flachbildfernsehern profitiert.

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage forderte der BITKOM die Politik auf, Hightech-Projekte der öffentlichen Hand zu beschleunigen. BITKOM beziffert den Investitionsstau in den Verwaltungen, im Gesundheitssystem und im Bildungswesen auf rund 8 Milliarden Euro. „Das ist viel Geld, aber die investierten Mittel werden innerhalb weniger Jahre durch Effizienzgewinne an den Staat zurückfließen“, sagte Scheer. Investitionen in die öffentliche Hightech-Infrastruktur führen zu geringeren Kosten in der Verwaltung, senken die Bürokratiekosten für die Wirtschaft,

Presseinformation

Deutscher Hightech-Markt stemmt sich gegen den Abschwung

Seite 3

verbessern die Services für die Bürger - und die Hightech-Firmen kommen so leichter durch das Konjunkturtal.

Als weiteres Instrument zur Bewältigung der Krise schlägt der BITKOM vor, innovative Unternehmen, die stark in Forschung und Entwicklung investieren, steuerlich zu entlasten. „Deutsche und ausländische Konzerne bekommen mit einer steuerlichen FuE-Förderung einen zusätzlichen Anreiz, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Deutschland zu betreiben. Das bringt hochwertige Jobs für den deutschen Arbeitsmarkt“, sagte Scheer. Das Instrument der steuerlichen FuE-Förderung sei kurzfristig umsetzbar und steigere über die aktuelle Krise hinaus die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Bei der steuerlichen FuE-Förderung können Unternehmen Personalausgaben für Forscher, Abschreibungen auf Geräte und Labore sowie Ausgaben für externe Forschungsaufträge steuermindernd geltend machen. Davon profitieren insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, da die Antragsverfahren öffentlicher Forschungsprogramme für den Mittelstand in der Regel zu aufwändig sind.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.200 Unternehmen, davon 900 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.